

Erklärung zu Palästina und Israel

- Stoppt den Genozid in Gaza!
- Stoppt die Hungersnot in Gaza!
- Keine Waffenlieferungen an Israel!

2. August 2025

Die Friedensinitiative Bielefeld/Ostwestfalen-Lippe verurteilt den Völkermord in Gaza sowie den völkerrechtswidrigen Angriffskrieg Israels und der USA auf den Iran auf das Schärfste.

Wir alle wissen, dass die Situation in Gaza unbeschreiblich ist. Mit Worten nicht zu fassen. Zahlen können nicht vermitteln, was dort geschieht: Das systematische Aushungern der ganzen Bevölkerung bei gleichzeitigem Bombenhagel und häufigen Massenvertreibungen. Die führenden Politiker Israels machen sich nicht einmal die Mühe, ihre Ziele zu verschleiern: die Zerstörung der palästinensischen Gesellschaft und Vertreibung der Menschen aus Gaza ins Ausland. Der damalige israelische Verteidigungsminister Joaw Galant sagte zu Gaza bereits am 9.10.23: „Kein Strom, keine Nahrung, kein Treibstoff. Wir kämpfen gegen menschliche Tiere und wir werden entsprechend handeln.“ Andere Regierungsmitglieder äußern sich ähnlich. Bereits am 21.11.24 erließ der Internationale Gerichtshof deswegen einen Haftbefehl gegen den israelischen Ministerpräsidenten Benjamin Netanjahu wegen vorsätzlichen Aushungerns von Zivilpersonen als Methode der Kriegsführung. Auch hat Südafrika Klage gegen Israel wegen Genozid beim Internationalen Gerichtshof (IGH) eingereicht. Der IGH hält den Vorwurf für „plausibel“ und ordnete bereits am 26.01.24 an, dass Israel das Leben palästinensischer Zivilisten schützen und genügend humanitäre Hilfe ermöglichen müsse, was Israel jedoch von Anfang an ignorierte.

Nach fast ununterbrochenen Bombardements durch das israelische Militär sind von Oktober 23 bis Juli 25 mehr als 60.000 Palästinenserinnen und Palästinenser von Israel getötet worden – davon 67 Prozent Frauen und Mädchen. 11.000 werden vermisst. Außerdem wurden 232 Journalisten getötet – die meisten gezielt. So viele wie in keinem anderen Krieg. Fast alle Einwohner des Gazastreifens wurden zu Binnenvertriebenen und mehr als die Hälfte wurde mehrfach vertrieben. Die Städte sind unbewohn-

**Friedensinitiative
Bielefeld / OWL**



www.bielefelder-friedensini.de

bare Trümmerwüsten. Israel hat ca. 88 % des kleinen Gazastreifens zu No-Go-Areas erklärt. Trotzdem sind auch die übrigen – völlig überfüllten – Bereiche nicht sicher.

Seit 18 Jahren hat Israel eine völkerrechtswidrige Blockade über Gaza verhängt und seit 2. März alle Grenzübergänge fast komplett geschlossen, was eine Hungerkrise ausgelöst hat. Deswegen sind bereits mindestens 162 Palästinenser einschließlich 92 Kinder an Unterernährung gestorben. Die „schlimmste Hungersnot, die man sich vorstellen kann“ erklärte das Welternährungsprogramm (WFP) der UNO am 29.07.25. Riad Othman, Nahostreferent von medico international kommentiert: „Hunger kommt nicht von heute auf morgen. Er wurde bewusst und über einen langen Zeitraum nach Gaza getragen. Ebenso verhält es sich mit dem Ende des Hungers: Er hinterlässt in vielen Fällen bleibende physische und psychische Schäden. Für ungezählte Menschen wird jede Hilfe zu spät kommen, selbst wenn Israel morgen alle Übergänge zu Land öffnen würde...“

Das WFP prognostizierte „zahlreiche Todesfälle“, wenn nicht sofort Maßnahmen ergriffen würden. Entscheidend sei ein bedingungsloser dauerhafter Waffenstillstand. Israel weigert sich jedoch, die verbindliche Resolution 2728 des UN-Sicherheitsrates vom 25.04.24 für eine sofortige Waffenruhe anzuerkennen. Des Weiteren müsse laut WFP ein ungehinderter Zugang im gesamten Gazastreifen gewährleistet sein. Gleichzeitig schlugen 150 Hilfsorganisationen wie Amnesty, Caritas, Medico, Oxfam und Welt hungerhilfe Alarm und richteten einen Appell an die Staatengemeinschaft. Angesichts der Massenhungersnot müsse Israel unverzüglich ausreichend Hilfsgüter ins Land lassen und diese müssen entsprechend den humanitären Prinzipien verteilt werden. Ähnlich äußert sich die Bundesärztekammer. Am gleichen Tag, an dem das WFP von der schlimmsten Hungersnot in Gaza spricht, kündigte Bundeskanzler Friedrich Merz an, sich der Aktion von Netanjahu an-

zuschließen, Essenspakete aus dem Flugzeug über Gaza abzuwerfen. Dies ist eine zynische und in dem dicht besiedelten Gebiet lebensgefährliche Aktion. Mit einer einzigen LKW-Ladung könnten Gaza mehr Hilfsgüter erreichen als durch einen Luftabwurf, so die Generalsekretärin von Amnesty International in Deutschland, Julia Duchrow. Die Bundesregierung müsse tatsächlichen Druck auf die israelische Regierung ausüben, damit sie ungehindert LKWs nach Gaza lässt. An den Grenzübergängen stehen 60.000 LKWs mit dringend benötigten Hilfsgütern, denen Israel die Zufahrt verwehrt.

In der offiziellen westlichen Politik und den großen Medien gibt es wenig Kritik oder gar Protest gegen den Völkermord in Gaza. Und auch jetzt wo Kritik zunimmt und auch Merz Kritik äußert, liefert Deutschland weiter Waffen. Deutschland ist nach den USA der größte Waffenlieferant Israels. Dabei ist völlig klar, dass Israel seine völkerrechtswidrigen Kriege gegen Gaza, Westbank, Ostjerusalem, Iran, Libanon, Syrien und Jemen nur wegen Waffenlieferungen aus den USA und Deutschland führen kann. In Anbetracht der vielen Kriegsverbrechen Israels

bedeuten Waffenlieferungen eine klare Beihilfe dazu. Die Mehrheit der deutschen Bevölkerung – 77 Prozent – fordert einen sofortigen Stopp der Waffenlieferungen.

Die Friedensinitiative Bielefeld/OWL verurteilt unmissverständlich alle Kriegsverbrechen, gleich wer sie begeht. Unser Mitgefühl und unsere Solidarität gelten allen Opfern in der Region. Zudem gebührt dem Leiden der nichtmenschlichen Kriegsoffer Beachtung, auch dies gehört nicht ignoriert. Wir appellieren an alle, denen Menschenrechte und Frieden wichtig sind, sich an Solidaritäts-Demonstrationen für Palästina zu beteiligen und über den Genozid und die von Israel bewusst herbeigeführte Hungersnot in Gaza aufzuklären.

Im Zuge des Völkermords in Gaza nehmen in Deutschland antipalästinensische, antimuslimische und antisemitische Äußerungen zu. Wir wenden uns gegen Antisemitismus und gegen jeden Rassismus. Wir lehnen den Missbrauch des Begriffs Antisemitismus zur Delegitimierung von Kritik an israelischer Politik ab. Repressionen gegen Demonstrationen und andere Versammlungen müssen enden.

Wir fordern von der Bundesregierung

- das Recht auf Leben und Gesundheit gleichermaßen für alle Menschen in Israel, Palästina, dem Westjordanland, Ostjerusalem und Gaza zu respektieren. Dafür muss die Bundesregierung alle Waffenlieferungen an die Regierung Israels stoppen.
- Die Aussetzung des EU-Assoziierungsabkommens sowie die von der EU-Kommission vorgeschlagenen Sanktionen gegen Israel nicht länger zu blockieren¹
- den Staat Palästina in den Grenzen von 1967 ohne Vorbedingungen anzuerkennen
- sich entschieden einzusetzen für
 - einen sofortigen dauerhaften Waffenstillstand im gesamten Gebiet von Palästina und Israel
 - die sofortige ausreichende humanitäre Versorgung der Zivilbevölkerung im Gazastreifen
 - Freilassung der Geiseln der Hamas sowie der von Israel inhaftierten Palästinenser:innen²
 - das Ende der israelischen Besatzung von Ostjerusalem, Westbank und Gazastreifen sowie der besetzten Gebiete des Libanon und Syriens
 - den Stopp der Repressionen gegen die Palästina-Solidaritätsbewegung in Deutschland.

GAZA VERHUNGERT! Das müssen wir verhindern!

Geht auf die Straße, schreibt an Politiker:innen und protestiert!

Spenden an humanitäre Organisationen in Gaza sind weiterhin möglich.

Medico: <https://www.medico.de/kampagnen/nothilfe-gaza>

UNRWA, das Hilfswerk der UN für Palästina-Flüchtlinge: <https://donate.unrwa.org/int/en/gaza>

1 Die vorgeschlagenen Maßnahmen sehen vor, die Teilnahme Israels an einem Forschungsförderungsprogramm teilweise auszusetzen. Das betrifft Unternehmen im Bereich Cybersicherheit, Drohnen und künstliche Intelligenz.

2 Der israelische Staat hält weit über 10.000 palästinensische Menschen, darunter viele Minderjährige zu Unrecht gefangen. Denn die Gefangennahme verstößt gegen internationales Recht und Kriegsrecht.